

An den  
 Stadtverordnetenvorsteher  
 der Kreisstadt Groß-Gerau  
 Am Marktplatz 1  
 64521 Groß-Gerau

### Antrag zur Stadtverordnetenversammlung

| Beratungsfolge  | Termin     | Beratungsaktion |
|---|------------|-----------------|
| Haupt- und Finanzausschuss                            | 12.06.2019 | beschließend    |
| Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau | 18.06.2019 | beschließend    |

|   |   |
|---|---|
| (wird vom Büro vergeben)  | <b>Antragsteller:</b><br>Fraktion Linke/ OL |
| Antrag Nr. 125/2016-2021  |   |
| <b>Betreff:</b><br><b>ICAN-Städteappell zur Abschaffung von Atomwaffen unterzeichnen (Fraktion Linke OL)</b>  |   |
| <b><u>Antragstext:</u></b>  |   |
| <p>ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) wurde 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. In einem „Städteappell“ ruft ICAN international Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Nordamerika, Europa und Australien haben den Appell schon unterzeichnet, der wie folgt lautet: “Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf. “</p> <p>Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:<br/>         Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Groß-Gerau unterstützt den ICAN- Städteappell zur Abschaffung von Atomwaffen und beauftragt den Magistrat der Stadt, den Appell zu unterzeichnen.</p> <p><a href="https://www.icanw.de/ican-staedteappell/">https://www.icanw.de/ican-staedteappell/</a></p> |   |
| <b><u>Begründung:</u></b>   |   |
| Zur Frage, warum sich Städte dem Appell anschließen sollten, schreibt ICAN Deutschland u.a.:  |   |

.Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen.

Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie.

Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

**Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.“**

Städte in Deutschland, die den Appell unterzeichnet haben, sind laut ICAN in Deutschland :

1. [Mainz](#), unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Michael Ebling, 2. Februar 2019
2. [Wiesbaden](#), Beschlossen vom Magistrat, 20. Februar 2019
3. [Marburg](#), Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. Februar 2019
4. [Köln](#), unterzeichnet durch die Oberbürgermeisterin Henriette Reker, 5. März 2019
5. [Potsdam](#), Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Mike Schubert, 6. März 2019
6. [München](#), unterzeichnet durch Oberbürgermeister Dieter Reiter, 12. März 2019
7. [Göttingen](#), Ratsbeschluss, 15. März 2019
8. [Reinheim](#), Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. März 2019
9. [Dortmund](#), Stadtratsbeschluss vom 28. März 2019
10. [Bremen](#), Senatsbeschluss, unterzeichnet durch den Bürgermeister Carsten Sieling, 2. April 2019
11. [Schwerin](#), Beschluss der Stadtvertretung, 08. April 2019
12. [Herne](#), Ratsbeschluss, 9. April 2019
13. [Mörfelden-Walldorf](#), Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 9. April 2019
14. [Düsseldorf](#), Ratsbeschluss, 11. April 2019
15. [Kaiserslautern](#), Ratsbeschluss, 15. April 2019
16. [Naumburg](#), Gemeinderatsbeschluss, 17. April 2019
17. [Ilmenau](#), Stadtratsbeschluss, 25. April 2019
18. [Tübingen](#), Gemeinderatsbeschluss, 2. Mai 2019
19. [Hannover](#), Ratsbeschluss am 25. April, Unterzeichnung durch Bürgermeister Hermann am 9. Mai 2019
20. [Berlin](#), Beschluss des Abgeordnetenhauses am 9. Mai 2019
21. [Kiel](#), Stadtratsbeschluss vom 16. Mai 2019
22. [Essen](#), unterschrieben vom Oberbürgermeister Thomas Kufen am 16. Mai 2019
23. [Flensburg](#), Ratsbeschluss am 16. Mai 2019
24. [Kassel](#), Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 20. Mai 2019
25. [Nürnberg](#), Ratsbeschluss, 22. Mai 2019

---

Unterschrift